

„Rückkehr in Sicherheit und Würde“?

Zur Berichterstattung aufgrund der Pressemitteilung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg 11.12.2006

Nicht immer erzielen wir mit unserer Öffentlichkeitsarbeit das gewünschte Ergebnis. Häufig ist es heikel und schwierig, die Kompliziertheit der Thematik und des Einzelfalles in der Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Leider verkehren mitunter Medien den öffentlichen Appell auch in das Gegenteil. So geschehen in der Pforzheimer Zeitung, die die Pressemitteilung des Flüchtlingsrates (siehe Rundbrief Winter 2006/2007 oder website) offensichtlich zum Anlass nahm, sich intensiv mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe und der Ausländerbehörde der Stadt Pforzheim ins Benehmen zu setzen. Der Tenor des Artikels „Fahndung nach Familie“ lässt deutlich erkennen, welche Haltung hier in die Öffentlichkeit getragen werden soll. Die Ausführungen des Flüchtlingsrates werden allenfalls in abwertender Weise wiedergegeben. Eine Nachfrage beim Flüchtlingsrat hat sich der Autor des Artikels erspart.

Wie unterschiedlich die Presse berichtet zeigt der unten abgedruckte Artikel in der Südwestpresse. Im Gegensatz zur Pforzheimer Lokalpresse werden hier die Hintergründe des Schicksals der in Pforzheim lebenden Ashkali-Familie deutlich benannt. Die Pforzheimer Zeitung dagegen hat die Familie mit ihrer Berichterstattung kriminalisiert und sich jegliche humanitären Aspekte erspart. Umso tragischer, da die Familie nach wie vor von Abschiebung bedroht ist.

*Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg*

Flüchtlingsrat

Protest gegen Abschiebung

Der Landesflüchtlingsrat hat gestern in Stuttgart gegen die für heute geplante Abschiebung einer Pforzheimer Ashkali-Familie ins Kosovo protestiert und alle beteiligten Behörden aufgefordert, „inhumane Vollzugspraktiken umgehend zu beenden“. Die Familie lebe seit 15 Jahren in Pforzheim, beide Kinder seien hier geboren. Der Familie werde vorgeworfen, dass sie bereits einmal abgeschoben wurde und widerrechtlich zurückgekommen sei, teilte der Flüchtlingsrat weiter mit. Das Ehepaar sei schwer krank. Die Familie habe im Kosovo keine Chance, ihre Existenz zu sichern, zumal Kosovo-Albaner den Ashkali feindlich gegenüber stünden. Eine Abschiebung sei „absolut unverantwortlich und durch nichts zu rechtfertigen“, mahnte Angelika von Loeper, Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. Der Rat fordere Abschiebeschutz und die Einhaltung von Bedingungen für eine den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien zugesagte „Rückkehr in Sicherheit und Würde“. Der Flüchtlingsrat klagt darüber, dass in Baden-Württemberg innerhalb der vergangenen drei Jahre die Behörden „vor keiner Unmenschlichkeit zurückschreckten, um Flüchtlinge loszuwerden“. Auch die Landesärztekammer habe kürzlich den Umgang der Behörden mit kranken und traumatisierten Flüchtlingen und die Missachtung ärztlicher Gutachten scharf kritisiert

Südwestpresse, 12. Dezember 2006

Fahndung nach Familie

Regierungspräsidium: Jeder zweite von Abschiebung Bedrohte taucht unter

PFORZHEIM/KARLSRUHE. Die Ashkali-Familie, die von Pforzheim aus in ihre Heimat Kosovo abgeschoben werden sollte, ist nach ihrem Abtauchen zur Fahndung ausgeschrieben worden. Die Polizei suchte in drei Wohnungen vergeblich.

Eutingen Straße, Belfortstraße in der Weststadt, Hügelstraße in Brötzingen – drei Einsatzorte, eine Uhrzeit, ein Ziel: Die Polizei sollte auf Anordnung des Regierungspräsidiums (RP) Karlsruhe eine Ashkali-Familie dingfest machen und der in Rastatt sitzenden Abschiebegruppe überantworten. Dann sollten Vater, Mutter und die 13 und 14 Jahre alten Kinder mit dem nächsten Flugzeug dorthin zurückgeflogen werden, woher sie auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg geflohen waren: in die Provinz Kosovo.

So weit die Theorie. Doch als die Polizeibeamten am Dienstag um 3.15 Uhr an den möglichen Anlaufadresse der abgewiesenen Asylbewerber eintraf, trafen sie die Familie nicht mehr an. Einen Tag vorher war sie untergetaucht, Aufenthaltsort unbekannt (die PZ berichtete). In Eutingen wurde die Polizei bereits erwartet – von einem nicht unmittelbar von Abschiebung bedrohten Bekannten der Familie. Die Rastatter Abschiebungsgruppe sei unmittelbar darauf verständigt worden, so Polizeisprecher Wolfgang Schick gegenüber der PZ.

Daten im Computer

Wie für diesen Fall angekündigt, schrieb das Regierungspräsidium den Vater als Familienoberhaupt zur Fahndung aus. „Für uns ist das nichts Neues“, sagt RP-Sprecher Konrad Weber. Bei jeder zweiten drohenden Abschiebung tauchten die Betroffenen unter. Die Fahndungs-Daten werden in den Computer eingegeben. Bei jeder Verkehrs- oder Personenkontrolle kann die Polizei einen Datenabgleich vornehmen. Um die Asylbewerber in Abschiebehaft zu bekommen, bedarf es allerdings des Beschlusses eines Haftrichters in dem Amtsgerichtsbezirk, in dem die Personen aufgegriffen wurden.

Anfang der Woche hatte der Flüchtlingsrat gegen die geplante erneute Ausweisung der in Pforzheim lebenden Familie protestiert. Bereits im vergangenen Jahr waren Vater, Mutter und Kinder ausgewiesen worden – doch nach einem Monat wieder in Pforzheim aufgetaucht.

Es sei unverantwortlich, die Familie in ihre vom Bürgerkrieg gezeichnete Heimat zurückzuschicken, wettete Angelika von Loeper, Vorsitzende des Flüchtlingsrats. Die Ashkali sind eine ethnische Minderheit in der mehrheitlich von Albanern bewohnten Provinz Kosovo.

Pforzheimer Zeitung, 14.12.2006